



Berufsmaturitätsprüfung 2018

Wirtschaft und Recht

Lösungen: (Endversion, Stand 6.6.2018)

Zeit *120 Minuten*

Hinweis Die Benützung eines netzunabhängigen Taschenrechners sowie des Gesetzbuches (OR, ZGB, SCHKG) sind erlaubt.

Kandidatennummer _____

Name, Vorname _____

Bewertung	Aufgabe 1	<i>10 Punkte</i>	_____
	Aufgabe 2	<i>13 Punkte</i>	_____
	Aufgabe 3	<i>3 Punkte</i>	_____
	Aufgabe 4	<i>10 Punkte</i>	_____
	Aufgabe 5	<i>10 Punkte</i>	_____
	Aufgabe 6	<i>8 Punkte</i>	_____
	Aufgabe 7	<i>12 Punkte</i>	_____
	Aufgabe 8	<i>10 Punkte</i>	_____
	Aufgabe 9	<i>14 Punkte</i>	_____
	Aufgabe 10	<i><u>10 Punkte</u></i>	_____
	Total	<i>100 Punkte</i>	_____
		Note	_____
	Die Experten		_____

Aufgabe 1 (10 Punkte)

Wie heissen die Fachausdrücke für die folgenden Umschreibungen? (je 1 P.)

- a) Kredit, den die Banken gewähren, bei Verpfändung von Wertschriften.

Lombarkredit (Faustpfandkredit)

- b) Diese Personenversicherung ist eine reine Risikoversicherung und besitzt keinen Rückkaufswert. Sie wird oft von Banken bei der Vergabe einer Hypothek als zusätzliche Sicherheit verlangt.

Todesfallrisikopolice

- c) Aktienart für deren Übertragung es keine Zustimmung des Verwaltungsrates braucht und bei welcher der Verwaltungsrat den Eigentümer dieser Aktienart auch nicht kennt.

Inhaberaktien

- d) Konjunkturphase in welcher eine tiefe, über längere Zeit anhaltende Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit vorherrscht.

Depression

- e) Diese Kurve zeigt die relative Verteilung des Einkommens in einem Land auf.

Lorenzkurve

- f) Kompetenz, Steuern zu erheben.

Steuerhoheit

- g) Steuern, die nicht vom Steuerpflichtigen selbst entrichtet, sondern direkt vom Arbeitgeber vom Lohn abgezogen werden.

Quellensteuern

- h) Finanzgesellschaft, deren Aktivität sich meist auf die steuerlich optimierte Führung und Verwaltung der Tochtergesellschaften beschränkt.

Holding (ev. Konzern)

- i) Die Tätigkeit der Beeinflussung von politischen Entscheidungsträgern (z.B. im Parlament) durch Vertreter von Verbänden wie Economiesuisse oder Gewerkschaften.

Lobbying / Rentseeking

- j) Nutzen und Gefahr gehen bei dieser Ware schon bei Vertragsabschluss auf den Käufer über.

Speziesware

Aufgabe 2 – Finanzierung Wohneigentum (13 Punkte)

Sachverhalt: Familie Gruber sieht in der Zeitung ein Angebot einer 5,5-Zimmer-Wohnung in einer kleinen neuen Überbauung. Der Preis (bzw. Verkehrswert) beträgt CHF 1'250'000 inkl. Parkplatz. Sie machen sich nun Gedanken zu deren Finanzierung. Die Angaben der GKB für selbst genutztes Wohneigentum lauten:

Bis 65% des Verkehrswertes	1. Hypothek:	1,7% Festhypothek (10 Jahre)
Bis 80% des Verkehrswertes	2. Hypothek:	1% Geldmarkthypothek (LIBOR)
Minimale eigene Mittel	20%	

Die 2. Hypothek muss innerhalb 15 Jahren amortisiert werden.

- a) Berechnen Sie die monatliche Gesamtbelastung der Bank (für die Hypothekarzinsen und die Amortisation der 2.Hypothek). **(4 P.)**

Berechnungen:

20% Eigenmittel	$1'250'000 * 0,2 =$	250'000	}	(1 P.)
65% 1. Hypothek	$1'250'000 * 0,65 =$	812'500		
15% 2. Hypothek	$1'250'000 * 0,15 =$	187'500		
Total		1'250'000		
Zins 1. Hypothek	$812'500 * 0,017 =$	13'812.50	}	(1 P.)
Zins 2. Hypothek	$187500 * 0.01 =$	1'875.—		
Amortisation	$187500 / 15 =$	12'500.—		(1 P.)
Total		28'187.50		
Pro Monat	$28'187.50 / 12 =$	2'348.96		(1 P.)

- b) Erklären Sie den Begriff Geldmarkthypothek (LIBOR). **(1 P.)**

Der Zinssatz der Hypothek wird alle drei Monate anhand des LIBOR (London Interbanking rate) angepasst. [Wird bis spätestens 2021 abgeschafft. In der CH steht der SARON-Tagesgeldsatz (Swiss Average Rate Overnight) zur Diskussion.]

c) Tragbarkeitsrechnung

(3 P.)

Mit der Tragbarkeitsrechnung ermittelt die Bank, ob die Kreditsuchenden die aus der Liegenschaft anfallenden Kosten tragen können. Allgemein gilt für die Tragbarkeit folgende Faustregel: Zinsen, Amortisation und Zusatzkosten dürfen zusammen nicht mehr als 1/3 des Einkommens ausmachen.

Dabei wird von folgenden kalkulatorischen Sätzen ausgegangen:

Kalkulatorischer Zinssatz für 1. und 2. Hypothek: 5%
Zusatzkosten wie Unterhalt, Energiekosten usw.: 1% des Verkehrswertes
Amortisation der 2. Hypothek innert: 15 Jahren

Berechnen Sie die kalkulatorischen Gesamtkosten für einen Monat.

1. & 2. Hypothek 812'500+187'500 = 1Mio.

5% von 1'000'000	=	50'000	(1 P.)
Amortisation		12'500	
Zusatzkosten 1% von 1'250'000	=	<u>12'500</u>	(1 P.)
Total		75'000	

Pro Monat (75'000/12 =) CHF 6'250.-- (1 P.)

- d)** Wie hoch muss das Monatseinkommen der Familie Gruber mindestens sein, damit sie die Wohnung finanziert bekommen? [Falls Sie kein Resultat in der Aufgabe **c)** erhalten haben, nehmen Sie an, dass die monatlichen kalkul. Gesamtkosten CHF 5'000 betragen.] **(1 P.)**

6'250.-- * 3 = CHF 18'750.-- [bzw. mit 5'000 * 3 = 15'000]

- e) Für die Wohnungen im hinteren Mehrfamilienhaus ist im Grundbuch ein Fusswegrecht eingetragen. Wie nennt man dies mit Fachbegriff und unter welchem Artikel ist dies im Gesetz geregelt. (2 P.)

Gesetz: **ZGB** Artikel: **730 (731, 958)** Fachbegriff: **Servitut bzw. Grunddienstbarkeit**

- f) Stockwerkeigentum hat Vor- und Nachteile. Nennen Sie je einen wichtigen (2 P.)

Vorteil: **Unabhängigkeit, kann von Wertsteigerung der Immobilien profitieren...**

Nachteil: **Eigenmietwert, Nachbarn...**

Aufgabe 3 – Unternehmenskonzept (3 Punkte)

Sachverhalt: Der Inhaber der Drogerie S. Büsser möchte sein Glück mit neuen Teemischungen versuchen. Er will in einer guten Passantenlage ein kleines Lokal betreiben. Im ersten Jahr will er alleine etwa 8 Stunden täglich an sechs Tagen in der Woche geöffnet haben. Er hat sich dabei folgendes Konzept ausgedacht:

Um das Lokal in der gewünschten Lage zu eröffnen, hat er die nötigen Formalitäten erledigt. Er will selber **zu Hause** mit Unterstützung seiner Freundin mehrere **feine Teemischungen kreieren (1)**. Für die Anschaffung des **Lokals (2)** und den Einkauf von hochwertigen Zutaten **kalkuliert er mit CHF 142'000 (3)**. Das nötige **Kapital will er sich bei einer Bank beschaffen (4)**. Er hofft, **pro Tag durchschnittlich 100 Kunden (5)** bedienen zu können und glaubt, dass er **schon im dritten Jahr genügend Gewinn erzielen (6)** wird, um einen Teil des Darlehens zurückzahlen zu können.

Ordnen Sie die **fett und kursiv** gedruckten Aussagen dem Unternehmenskonzept zu, indem Sie die Ziffern 1-6 in das richtige Tabellenfeld eintragen. **(3 P.)**

	Leistung	Finanzen	Soziales
Ziele	5)	6)	
Mittel	2)	3) (ev. 2)	(ev. 2)
Verfahren	1)	4)	

Punkteverteilung: 0 Fehler= 3P./ 1-2 Fehler= 2P./ 3-4 Fehler= 1P./ 5-6 Fehler= 0P.

Aufgabe 4 – Bilanz- & Erfolgsanalyse (10 Punkte)

Sachverhalt: Die Drogerie S. Büsser lässt ihre Buchhaltung durch ein Treuhandbüro führen, abschliessen und auswerten. Die Auswertung des letzten Rechnungsjahres zeigt folgendes Bild:

Bilanzkennzahlen:

Anlageintensität (Anlagevermögen in % der Bilanzsumme)	33 1/3%
Eigenfinanzierung (Eigenkapital in % der Bilanzsumme)	44,00%
Anlagedeckungsgrad 1 (Eigenkapital in % des Anlagevermögens)	132,00%
Liquiditätsgrad 1 (Liquide Mittel in % des kurzfristigen Fremdkapitals)	30,00%
Liquiditätsgrad 2 ((Liquide Mittel+Forderungen) in % des kurzfristigen Fremdkapitals)	37,50%
Liquiditätsgrad 3 (Umlaufvermögen in % des kurzfristigen Fremdkapitals)	187,50%

Kennzahlen aus der Erfolgsrechnung

Durchschnittliche Handelsmarge (Bruttogewinn in % vom Nettoerlös)	28,00%
Umsatzrentabilität (Betriebsgewinn in % vom Nettoerlös)	6,00%
Personalaufwand in % der Gemeinkosten (GK=Personalaufw.+übriger BetriebsA)	52,00%

Kennzahlen aus dem Absatz- und Lagerbereich

Anzahl Verkäufe (Anzahl Kassabons)	93'750
Durchschnittlicher Betrag je Verkauf	CHF 6.00
Durchschnittliche Lagerdauer	72 Tage
Lagerbestand Ende Jahr	CHF 90'000.00

Erstellen Sie nachfolgend die ursprüngliche Erfolgsrechnung sowie die Schlussbilanz. (10 P.)

Erfolgsrechnung

Erträge und Aufwände	Betrag in CHF	Hilfstabelle Prozentwert
Warenenertrag (Umsatz zum Nettoerlös)	562'500 (1 P.)	100 %
- Warenaufwand (Umsatz zum Einstandspreis)	405'000 (1 P.)	72 %
= Bruttogewinn	157'500	28 %
- Personalaufwand (in % des Betriebsaufwands)	64'350	(52 %)
- übriger Betriebsaufwand	59'400 (1 P.)	48 %
= Betriebsgewinn (bei Umsatzrentabilität von 6%)	33'750 (1 P.)	6 %

Aktiven		Schlussbilanz 31.12.		Passiven	
Kontengruppe	CHF	Kontengruppe	CHF		
Liquide Mittel	(1 P.) 18'000	Kurzfr. Fremdkapital	(1 P.) 60'000		
Forderungen	(1 P.) 4'500	Langfr. Fremdkapital	(1 P.) 34'500		
Vorräte	90'000	Total Fremdkapital	94'500		
Total Umlaufvermögen	112'500	Eigenkapital	(1 P.) 74'250		
Anlagevermögen	(1 P.) 56'250				
Bilanzsumme	168'750	Bilanzsumme	168'750		

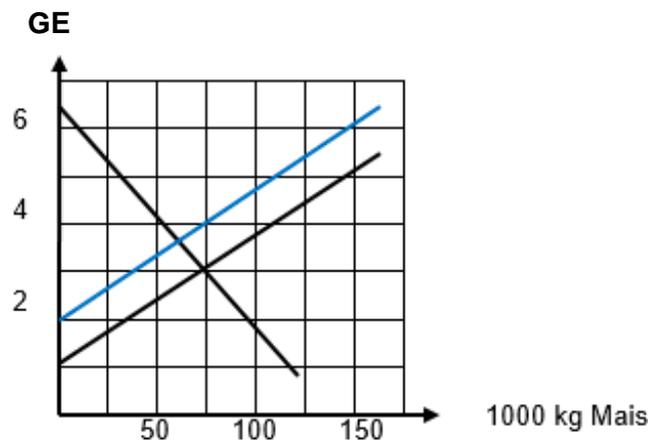
Berechnungen:

Vorräte	90'000	150%
Liq. Mittel	18'000	30%
Forderungen	4'500	7.5%
Kurzfr. FK	60'000	100%
Total UV	112'500	66 2/3%
+ Anlagevermögen	<u>56'250</u>	33 1/3%
Bilanzsumme	168'750	100%
Eigenkapital	74'250	44%
Total Fremdkapital	94'500	56%
- kurzfr. FK	<u>60'000</u>	
= langfr. FK	34'500	

Aufgabe 5 – Preisbildung (10 Punkte) *Quelle: in Anlehnung an KV Aarau 2014*

In der Schweiz kommt es wegen genmanipuliertem Mais zu unerwünschten Effekten: Die Gentech-Bauern verdrängen die Bio-Bauern, weil sie dank der neuen Technologie eine tiefere Kostenstruktur haben. Der Bundesrat und das Parlament wollen diesen Trend stoppen und diskutieren deshalb über Eingriffe in den freien Markt. Ein Verbot von Gentech-Mais steht nicht zur Debatte.

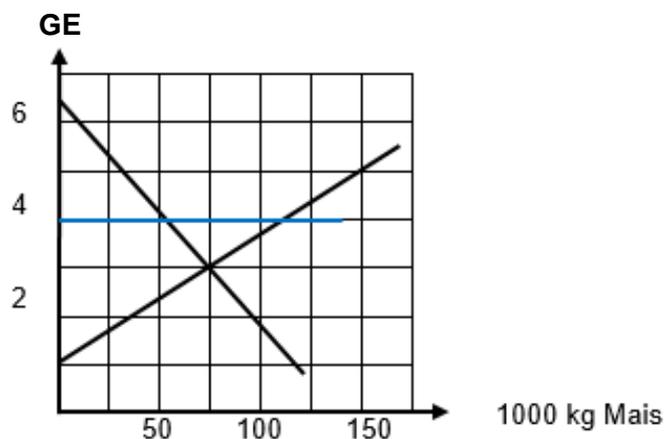
- a) Als erste Variante steht der Vorschlag im Raum, dass die Gentech-Produzenten eine Steuer für genmanipulierten Mais zu entrichten haben. Dieser soll 1 GE (Geldeinheit) pro Tonne Mais betragen. In der nachfolgenden Grafik ist der freie Markt von genmanipuliertem Mais abgebildet. Zeichnen Sie die geplante Massnahme des Staates ein (achten Sie dabei auf die Steuerhöhe). **(1 P.)**



- b) Berechnen Sie die Steuereinnahmen in GE (Geldeinheiten), welche die Schweiz durch die Gentech-Steuer gesamthaft generieren würde. **(1 P.)**

1 GE x ca. 60'000 kg (bzw. 60 Tonnen) = 60 GE
(Folgefehler bei falschen Verschiebungen)

- c) Als zweite Variante wird ein gesetzlicher Mindestpreis von 4 GE für genmanipulierten Mais diskutiert. Zeichnen Sie diesen Vorschlag in die nachfolgende Grafik ein (die Ausgangslage zeigt wiederum den freien Markt für Gentech-Mais). **(1 P.)**



- d) Bestimmen Sie die nachgefragte Menge Mais in Kilogramm, wenn der Mindestpreis von 4 GE Realität werden würde (siehe Aufgabe c). **(1 P.)**

ca. 50'000 Kilogramm (Resultat abhängig von der Genauigkeit der Zeichnung)

- e) Der Bundesrat favorisiert die erste Variante (Gentech-Steuer) gegenüber der zweiten Variante (Mindestpreis). Nennen und beschreiben Sie zwei Gründe, welche zu dieser Einschätzung geführt haben. **(2 P.)**

Gründe: - generiert Steuereinnahmen

- setzt keinen Anreiz zur Überproduktion (Angebotsüberschuss)

(Weitere sinnvolle Lösungen gelten lassen)

- f) Eine Partei bringt eine dritte Variante in die Diskussion ein, welche aktiv in die Preisbildung eingreift und zu höheren Staatsausgaben führt, weil die Bio-Bauern finanziell unterstützt würden. Nennen Sie das Fachwort dieser Variante und einen anderen Nachteil für die Schweiz, neben den höheren Staatsausgaben. **(2 P.)**

Fachwort: **Subvention, Direktzahlung**

Nachteil: **- mehr Staatsausgaben sind falsch [politisch umstritten; in Aufgabenstellung]**
- kein Innovationsanreiz für Bio-Bauern

- g) Da eine Konsumentenschutz-Organisation mit den in Bern diskutierten Lösungsvarianten nicht zufrieden ist, beabsichtigt sie eine Volksinitiative einzureichen. Wie viele gültige Unterschriften benötigt sie dafür mindestens? **(1 P.)**

Mindestzahl Unterschriften: **100'000**

- h) Im Falle, dass sich das Parlament auf ein neues Bundesgesetz geeinigt hat, kann jeder Stimmbürger noch immer die Inkraftsetzung des Gesetzes auch ohne Volksinitiative verhindern. Nennen Sie das eindeutige Fachwort für dieses Volksrecht? **(1 P.)**

Fachwort: **(fakultatives) Referendum**

Aufgabe 6 – Aussenwirtschaft: EU-Austritt Grossbritanniens ("Brexit") (8 Punkte)

Lesen Sie alle Textabschnitte aufmerksam durch und beantworten Sie die Fragen dazu.

Hilft der Brexit der Schweiz? (NZZ von René Höltschi, Brüssel 22.4.2017)

[...] Stattdessen strebt sie [Premierministerin Theresa May] als Nachfolgeregelung ein «mutiges und ehrgeiziges Freihandelsabkommen» mit der EU an.

[...] Was das genau heisst, werden erst die Verhandlungen zeigen. Das bisher umfassendste Freihandelsabkommen der EU ist der unterzeichnete, aber noch nicht in Kraft gesetzte Vertrag mit Kanada (Ceta). Ceta wird den gegenseitigen Marktzugang erleichtern, aber Kanada keinen Zugang zum europäischen Binnenmarkt verschaffen. Der Unterschied ist nicht gradueller, sondern grundsätzlicher Natur. Im Binnenmarkt können Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital im Prinzip ebenso frei zirkulieren wie innerhalb eines Staats, auch wenn in der Praxis noch Hürden verblieben sind. Diese Freiheiten beruhen teils auf einer Harmonisierung der rechtlichen Grundlagen durch EU-Recht, teils auf der gegenseitigen Anerkennung der nationalen Normen. Bei Finanzdienstleistungen spricht man etwa vom EU-Pass: Erfüllen zum Beispiel Anlagefonds bestimmte EU-Regeln, dürfen sie EU-weit vertrieben werden. [...] Ein Freihandelsabkommen hingegen, und sei es noch so umfassend, baut zwar Zölle ab, und es verbessert den Zugang zu den Märkten für Dienstleistungen und öffentliche Aufträge, aber es betreibt keine umfassende Rechtsharmonisierung. Deshalb bleiben Marktzugangshürden bestehen, die sich aus Unterschieden der nationalen Vorschriften ergeben.

Der Brexit und die Schweiz (NZZ von Hansueli Schöchli 18.8.2016)

[...] Rein ökonomisch wäre deshalb ein «Modell Norwegen», also die EWR-Mitgliedschaft, am besten gekoppelt mit dem Verbleib in der Zollunion, für London die vorteilhafteste Lösung. Mitglieder einer Zollunion wenden gegenüber Drittstaaten gemeinsame Zölle an und verfolgen eine gemeinsame Handelspolitik. Deshalb können Waren innerhalb der Zollunion frei zirkulieren, und es braucht im Gegensatz zu einer Freihandelszone keine Zoll-Kontrollen an den Binnengrenzen.

Wirtschaftliche Auswirkungen des Brexit (NZZ von Nicole Rütli, Natalie Gratwohl 24.6.2016)

[...] Grossbritannien zählt neben den Niederlanden und Irland zu den härtesten Konkurrenten der Schweiz im europäischen Standortwettbewerb. Jüngst hatte London vor allem Fintech-Firmen mit attraktiven Konditionen in die City gelockt. Laut Balz Hösly, VR-Präsident der Standortmarketingorganisation Greater Zurich Area, hat sich durch den Brexit die Wettbewerbsposition der Schweiz gegenüber Grossbritannien leicht verbessert. Zwar verlängert sich dadurch auch für den hiesigen Standort die Unsicherheit in der Zuwanderungsfrage und über die Teilnahme an europäischen Forschungsprogrammen. Angesichts der Ungewissheiten in Zusammenhang mit dem künftigen Zugang zum EU-Binnenmarkt werde Grossbritannien im Ansiedlungsgeschäft nun aber deutlich schlechtere Karten haben als zuvor. Derweil hat sich die irische Standortförderung in Stellung gebracht: In einem Kommentar zum Brexit preist sie ihren nicht gefährdeten EU-Marktzugang an.

a) Sind die folgenden Aussagen aufgrund der Zeitungsausschnitte richtig oder falsch?
Falsche Aussagen müssen nicht korrigiert werden. **(3 P.)**

Aussage	Richtig	Falsch
Ein Freihandelsabkommen Grossbritanniens mit der EU ist ein vollwertiger Ersatz für die EU-Mitgliedschaft.		x
Die Begrenzung der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte ist ein Vorteil für die Wirtschaftsstandorte Grossbritannien und Schweiz.		x
Mit einem Freihandelsabkommen wird auch eine Harmonisierung des nationalen Rechts mit EU-Recht erreicht.		x
Wegen der Unsicherheit über den Brexit überlegen sich Banken mögliche Alternativen zum Standort in der Londoner City, ein Vorteil für den Bankenplatz Zürich.	x	
Irland bietet als Standortvorteil den ungehinderten Zugang zum EU-Markt für ausländische Banken.	x	
Mit einem Freihandelsabkommen wird der Marktzugang u.a. durch eine Reduktion von Zollabgaben erleichtert.	x	

Punkteverteilung: 0 Fehler= 3P./ 1-2 Fehler= 2P./ 3-4 Fehler= 1P./ 5-6 Fehler= 0P.

b) Kreuzen Sie die richtigen Aussagen an und **korrigieren** Sie die falschen. **(5 P.)**

		Richtig	Falsch
b1)	Innerhalb einer Zollunion können Waren frei gehandelt werden, ohne Zollkontrollen zwischen den Mitgliedstaaten.	x	<input type="checkbox"/>
b2)	Das Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU gewährt Kanada freien Marktzugang. keinen freien Marktzugang (Zollerleichterungen)	<input type="checkbox"/>	x
b3)	Im europäischen Binnenmarkt (EU) gelten die vier Grundfreiheiten: Waren-, Kapital-, Personen- und Luftverkehr. Statt Luftverkehr freier Dienstleistungsverkehr	<input type="checkbox"/>	x
b4)	Der 'EU-Pass' ermöglicht es Finanzfirmen, ihre Produkte innerhalb der gesamten EU anzubieten.	x	<input type="checkbox"/>
b5)	Die EU ist eine Zollunion und verfolgt eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber Drittstaaten (Nichtmitgliedern).	x	<input type="checkbox"/>

Punkteverteilung: korrektes Kreuz bei Richtig/Falsch (mit Begründung) = je 1P.

Aufgabe 7 – Konjunkturpolitik (12 Punkte)

a) Probleme antizyklischer Konjunkturpolitik

- E** Verzögerung in der Erkenntnis **W** Verzögerung in der Wirkung
U Verzögerung in der Umsetzung **P** Politische Umsetzung

Ordnen Sie den folgenden Aussagen einen der obenstehenden Grossbuchstaben zu. **(4 P.)**

- a) **E** Es braucht Zeit, bis man realisiert, dass sich die Wirtschaft in einer Rezession befindet.
b) **P** Steuererhöhungen, wenn es der Wirtschaft gut geht, sind schwierig durchzubringen.
c) **W** Bis die getroffenen Massnahmen durchschlagen, ist es oft zu spät.
d) **U** Bis eine Massnahme im Parlament beschlossen ist, vergeht viel Zeit.

b) Konjunkturprognose

Für Konjunkturprognosen werden verschiedene Indikatoren berücksichtigt, welche in drei Kategorien unterteilt werden. Entscheiden Sie, um welche Art es sich bei den folgenden Indikatoren handelt. **(5 P.)**

	Vor- laufender Indikator	Gleich- laufender Indikator	Nach- laufender Indikator	
a)	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Exporte
b)	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Konsumentenstimmung
c)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Inflation
d)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Arbeitslosenrate
e)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Börsenentwicklung

c) Geldwertstörungen

Ordnen Sie folgende Situationen den drei Geldwertstörungen zu. **(3 P.)**

	Inflation	Deflation	Stagflation	
a)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Stark gestiegene Ölpreise führen zu höheren Produktionskosten. Deshalb heben die Unternehmen ihre Preise an; Lohnerhöhungen können sie nicht gewähren, die Nachfrage geht zurück.
b)	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Die Konsumenten halten sich mit ihren Kaufentscheidungen zurück, da sie mit weiter sinkenden Preisen rechnen.
c)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Für die Finanzierung der Altersvorsorge wird die Mehrwertsteuer um 2% erhöht.

Aufgabe 8 – Steuerrecht (10 Punkte)

a) Berechnung des steuerbaren Einkommens und Vermögens

In folgender Aufstellung (Aufbau der Steuererklärung) hat es vier Fehler.

(4 P.)

Steuerbares Einkommen:

Lohn (gemäss Lohnausweis)

+ Einkommen aus Nebenerwerb

+ Ersatzeinkommen (Renten, Arbeitslosenversicherung)

Total Einkommen

- Berufsauslagen

- Abzug Säule 3a

- Hypothekarschulden

- Abzug für Versicherungsprämien und Zinsen auf Sparkapitalien

Reines Einkommen

- Kinderabzug

- Abzug für Verheiratete

- Allgemeiner Abzug

Steuerbares Einkommen

Steuerbares Vermögen:

Unbewegliches Vermögen (Liegenschaften)

+ Bewegliches Vermögen (Bankguthaben, Fahrzeuge, Lebensversicherungen etc.)

+ Vermögenserträge

+ Eigenmietwert

Total Aktiven (Vermögen)

- Hypothekarschuldzinsen

- Übrige Schulden

Reines Vermögen

- Persönlicher Abzug

- Kinderabzug

- Abzug für Verheiratete

Steuerbares Vermögen

Welche Posten sind am falschen Ort? (je 1 P.)

Fehler 1: **Hypothekarschulden (wird vom Vermögen abgezogen)**

Fehler 2: **Vermögenserträge (zum Einkommen)**

Fehler 3: **Eigenmietwert (gehört zu Einkommen)**

Fehler 4: **Hypothekarzinsen (gehört zu den sachlichen Abzügen beim Einkommen)**

b) Berechnung der Einkommenssteuer

Ergänzen Sie folgende Tabelle mit Einkommenssteuerberechnungen: (6 P.)
 (zu berechnende Frankenbeträge und Steuersätze auf 2 Kommastellen genau runden)

Steuerbares Einkommen		CHF 100'000.— in Chur		CHF 144'000.— in Disentis
Einfache Staatsteuer	100%	CHF 8'187.—	100%	CHF 13'100.—
Gemeindesteuer	90%	CHF 7'368.30	120%	CHF 15'720.00
Kirchensteuer	14%	CHF 1'146.18	—	Keine
Kantonssteuer	100%	CHF 8'187.—	100%	CHF 13'100.—
Direkte Bundessteuer		CHF 2'874.—		CHF 6'863.20
Total Einkommenssteuern		CHF 19'575.48		CHF 35'683.20
Steuerbelastung in % des steuerbaren Einkommens		19.58% <small>(hier Folgefehler berücksichtigen)</small>		24.78%

Punkteverteilung: je 1P. für folgende Zahlen:

Kirchensteuer	= 14%
Gemeindesteuer	= CHF 7'368.30
Steuerbelastung	= 19.58% (Folgefehler siehe Totaleinkommen)
Steuerb. Eink.(Dis.)	= CHF 144'000.-
Einf.Staatsteuer	= CHF 13'100.-
Kantonssteuer	= 100% und CHF 13'100.-

Aufgabe 9 – Familien- und Erbrecht (14 Punkte)

Berichtigen Sie nachfolgende 7 Kurzfälle mit Hilfe des Gesetzes. Geben Sie eine kurze Berichtigung sowie den entsprechenden Gesetzesartikel an.

(je 2 P.)

Punkteverteilung: pro korrekter Gesetzesartikel (1 P.); richtige Berichtigung (1 P.)

	Kurzfälle:	Berichtigung:	Gesetzesartikel:
1)	Jonas (14 Jahre alt) ist Lotto-fanatiker und gewinnt tatsächlich CHF 100'000. Die Eltern dürfen nach freiem Ermessen über den Gewinn verfügen.	Die Eltern verwalten das Kindesvermögen. <i>(ev. durch eigene Arbeit erworben durch Kind selbst verwaltet: ZGB 323)</i>	ZGB 318/319
2)	Der Erblasser Fritz Fläsch geniesst das Leben in vollen Zügen. Leider stirbt Fritz. Die angehäuften Schulden von Fritz gehen automatisch an die gesetzlich vorgesehenen Erben über und müssen von diesen getragen werden.	-Ausschlagen des Erbes ist möglich -Bei Überschuldung wird Verzicht vermutet	-ZGB 566/593 -ZGB 566 Absatz 2
3)	Max und Céline haben keinen Ehevertrag abgeschlossen. Die Ehe wird leider Gottes geschieden. Das vor der Ehe entstandene Guthaben bei der Pensionskasse muss bei der Auflösung hälftig geteilt werden.	Nur das während der Ehe angehäuften Guthaben bei der Pensionskasse muss hälftig geteilt werden. <i>(ev. vor Ehe = Eigengut: ZGB 197/198)</i>	ZGB 122
4)	Sepp Böse enterbt seine gesetzlichen Erben mittels Testament.	Pflichtteilsgeschützte Erben können nur bei Straftat gegen den Erblasser oder Verletzung der familienrechtlichen Pflichten enterbt werden.	ZGB 477 <i>(ev. ZGB477/479/522)</i>
5)	Lena, Adoptivtochter erbt von Gesetzes wegen nichts, weil Lena nicht blutsverwandt ist.	Adoptivkinder stehen auch im Kindesverhältnis	ZGB 252 Absatz 3 ZGB 267
6)	Anton erbt von seinem Onkel aus Australien eine Yacht im Wert von CHF 1 Mio. Aus güterrechtlicher Sicht (ordentlicher Güterstand) wird dadurch der Nachlass der Frau von Anton erhöht.	Falsch, die Erbschaft geht in das Eigengut von Anton, dadurch wird der Nachlass aus güterrechtlicher Sicht für die Frau nicht grösser.	ZGB 198 <i>(ev. ZGB 197)</i>
7)	Frau Müller heiratet Herr Meier. Frau Müller bekommt das Bürgerrecht von ihrem Mann, ohne ihr eigenes Bürgerrecht zu verlieren.	Falsch, die Eheschliessung hat keine Wirkung mehr auf das Bürgerrecht.	ZGB 161

Aufgabe 10 (10 Punkte)

Nachfolgend werden Aussagen zu ausgewählten Gebieten gemacht. Kreuzen Sie jeweils die richtigen Aussagen an. Es können keine, eine oder zwei Aussagen richtig sein. (je 1 P.)

a) Merkmale von Calloptionen:

- Das Kaufrecht bezieht sich auf einen sogenannten Basiswert, z.B. Aktien.
- Verkäufer sind verpflichtet den Basiswert zum Ausübungspreis zu liefern, wenn der Käufer von seinem Recht Gebrauch macht.
- Verkäufer erwarten steigende Kurse des Basiswertes.
- Käufer können maximal die Hälfte des eingesetzten Kapitals verlieren.
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig.

b) Börse:

- Kassenobligationen werden zu einem Prozentkurs an der Börse gehandelt.
- Der SMI ist der Leitindex des Schweizer Aktienmarkts. Im SMI sind die Aktien der 30 Schweizer Unternehmen mit der höchsten Liquidität enthalten.
- Weltweit wichtigster Börsenindex ist der englische Financial Times Stock Exchange (FTSE).
- Anlagefonds sind nicht an der Börse kotiert, sie werden von Geschäftsbanken angeboten.
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig.

c) 3-Säulenprinzip:

- Zur 1. Säule gehört die berufliche Vorsorge, welche auf Basis des Kapitaldeckungsverfahrens aufgebaut ist.
- Die 1. Säule deckt den Existenzbedarf sowie die Fortführung der gewohnten Lebenshaltungskosten bis zu einem bestimmten Einkommen.
- Die Säule 3a und 3b sind gebundene, aber steuerbegünstigte Vorsorgeeinrichtungen.
- Die Säule 3b ist gemäss dem Umlageverfahren organisiert.
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig.

d) Konsumkredit:

- Beim Bezahlen mit der Kreditkarte wird mein Konto sofort belastet.
- Der Zins für einen Konsumkredit darf max. 20% betragen.
- Wenn ein privater Autoliebhaber einen gebrauchten Ferrari mit einem Privatkredit über CHF 100'000 finanziert, dann wird das Konsumkreditgesetz angewendet.
- Die rechtlichen Bestimmungen zu Konsumkrediten sind im Obligationenrecht nachzulesen.
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig.

e) Eine Konkursdividende von 10% für die 3. Klasse bedeutet, dass...

- der Staat seine ausstehenden Steuern voll erhält.
- eine Pensionskasse, welche ein nachrangiges Darlehen gewährt hat, kein Geld erhält.
- die Lohnforderungen der Mitarbeiter für die letzten 6 Monate voll gedeckt sind.
- ein Warenlieferant bei einer Forderung von CHF 15'000 einen Verlustschein über CHF 1'500 erhält.
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig.

f) Markt- und Preisbildung:

- Werbung bezweckt üblicherweise die Steigerung des Angebots nach einer Ware.
- Hat eine Ware auf einem Markt ein unelastisches Angebot, dann verursacht eine Verschiebung der Nachfragekurve für dieses Gut eine prozentual grössere Preisveränderung als wenn die Ware ein elastisches Angebot hätte.
- Eine Zunahme des Angebotes führt bei gleichbleibender Nachfrage zu einer Senkung des Preises.
- Ein Anstieg des Landesindex für Konsumentenpreise (Teuerung) hat mittel- bis langfristig keinen Einfluss auf den Marktpreis von Mietwohnungen.
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig.

g) Bruttoinlandprodukt:

- Das reale BIP korrigiert die Teuerung nicht und ist für den Vergleich besser geeignet als das nominelle BIP.
- Kindererziehung, Vereinsarbeit und Schwarzarbeit sind im nominellen BIP enthalten, jedoch nicht im realen BIP.
- Import von Holz für die Holzverarbeitung erhöht das BIP.
- Am Geldstrom werden die Leistungen einer Volkswirtschaft gemessen. Daraus ergibt sich das BIP.
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig.

h) Mietrecht:

- Kündigt ein Ehepaar die Wohnung, so muss das amtliche Formular verwendet werden.
- Der Hypothekenzins hat einen direkten Einfluss auf die Höhe der Nebenkosten-Abrechnung für eine Mietwohnung.
- Mietzinserhöhungen gelten ab dem folgenden Monat nach Erhalt der Ankündigung.
- Bei befristeten Mietverhältnissen (z.B. bei möblierten Zimmern) kann der Mieter auf eine schriftliche Kündigung verzichten.
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig.

i) Nutzen und Gefahr:

- Bei einem Platzkauf von Gattungswaren gehen Nutzen und Gefahr auf den Käufer über, sobald die verkaufte Ware beim Käufer eintrifft.
- Bei einem Distanzkauf von Spezieswaren gehen Nutzen und Gefahr erst auf den Käufer über, wenn die Ware zum Versand aufgegeben ist.
- Bei Spezieswaren gehen Nutzen und Gefahr bei Bezahlung auf den Käufer über.
- Für die Vertragsparteien sind die Bestimmungen über den Übergang von Nutzen und Gefahr abänderbar.
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig.

j) Rechtsformen und Handelsregister:

- Ein Prokurist eines Möbelhändlers darf für den Arbeitgeber Hypotheken aufnehmen.
- Eine Genossenschaft muss nicht ins Handelsregister eingetragen werden.
- Das Bauunternehmen Cafilisch & Co. ist eine juristische Person.
- Wenn ein unverheiratetes Paar gemeinsam eine Wohnung bewohnt, dann wird im Streitfall die Rechtsform der einfachen Gesellschaft angewendet.
- Keine der vorgenannten Aussagen ist richtig.